

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

53. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Dezember 2006, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anette Langner (SPD)	in Vertretung von Anna Schlosser-Keichel
Dr. Heiner Garg (FDP)	in Vertretung von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Entschuldigt fehlende Abgeordnete

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (Erstes Verwaltungsmodernisierungsgesetz)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1006	
2. Ertüchtigung der Bahnstrecke Kiel-Lübeck; hier: 2. Ergänzungsvereinbarung zur Fortführung der Planung	6
Umdruck 16/1471	
3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hier: Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum 36. Rahmenplan für den Zeitraum 2007 bis 2010 (2011)	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1111	
hierzu: Umdruck 16/1571	
4. Information/Kennntnisnahme	8
5. Bericht des Sozialministeriums zum Verhandlungsstand „Sozialer Vertrag II“	10
hierzu: interner Umdruck 16/1578	
6. Verschiedenes	11

7. Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008 **12**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

- **Änderungsantrag der Fraktion der FDP**
Umdruck 16/1518
- **Beantwortung von Fragen aus der 51 Sitzung des Finanzausschusses**
- **Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Umdrucke 16/1513 und 16/1514
- **Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW**
Umdrucke 16/1516 und 16/1527
- **Nachschiebeliste für Einzelplan 01**
Umdruck 16/1458
- **Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2007/2008**
Umdruck 16/1382
- **Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD**
Umdrucke 16/1526 und 16/1577
- hierzu: Umdrucke 16/1560 und 16/1568
- **Änderungsantrag der Fraktion der FDP**
Umdruck 16/1518

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (Erstes Verwaltungsmodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1006

(überwiesen am 11. Oktober 2006 an den Finanzausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Vor dem Hintergrund des noch ausstehenden Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses kommt der Ausschuss überein, seine abschließende Beratung auf seine Sitzung am 13. Dezember 2006, in der Mittagspause des Landtages, zu verschieben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Ertüchtigung der Bahnstrecke Kiel-Lübeck;
hier: 2. Ergänzungsvereinbarung zur Fortführung der Planung**

Umdruck 16/1471

Dem Verfahrensvorschlag von Abg. Herdejürgen folgend und vor dem Hintergrund des heute erst als Tischvorlage verteilten Schreibens des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Umdruck 16/1471, beschließt der Ausschuss, die Beratungen auf seine nächste Sitzung am 13. Dezember 2006 zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
hier: Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum 36. Rahmenplan für
den Zeitraum 2007 bis 2010 (2011)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1111

Hierzu: Umdruck 16/1571

Abg. Arp stellt fest, dass sich der Wirtschaftsausschuss in seiner gestrigen Sitzung sehr ausführlich mit dem Thema beschäftigt und beschlossen habe, den Bericht der Landesregierung einvernehmlich zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Der Ausschuss schließt sich der Empfehlung des federführenden Wirtschaftsausschusses einstimmig an, die Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum 36. Rahmenplan für den Zeitraum 2007 bis 2010 (2011) im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Drucksache 16/1111, dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdruck 16/1468 - Städtebauförderung 2006

Umdruck 16/1469 - Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Bildungsbereich

Umdruck 16/1470 - Stiftung Schloss Gottorf

Umdrucke 16/1486 und 16/1493 - Hochschulgesetz

Umdruck 16/1544 - über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2006

Der Ausschuss nimmt den Umdruck 16/1468 - Städtebauförderung 2006 - zur Kenntnis.

Zum Umdruck 16/1469 - Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Bildungsbereich - stellt der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, fest, dass auf Seite 9 die künftigen finanziellen Förderungen dargestellt seien, es jedoch leider an einem Vergleich mit dem Status quo fehle, sodass sich aus der Übersicht nicht ergebe, ob es zu Minder- oder Mehrausgaben kommen werde. - St Dr. Wulff erklärt, er werde diese Frage gern mitnehmen. - Der Ausschuss vertagt die abschließende Beratung zu dieser Vorlage auf seine nächste Sitzung, Mittwoch, den 13. Dezember 2006.

Zur Vorlage Umdruck 16/1470 - Stiftung Schloss Gottorf - möchte der Vorsitzende wissen, ob der Landesrechnungshof mit dieser Darstellung der Landesregierung einverstanden sei. - P Dr. Altmann antwortet, der Landesrechnungshof habe die Darstellung der Landesregierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Insgesamt könne man feststellen, dass die Stiftung Schloss Gottorf auf einem guten Weg sei, auch wenn noch einige der Beschlüsse des Landtages abgearbeitet werden müssten. Der Landesrechnungshof habe in einem Schreiben darum gebeten, ihm in angemessener Frist den Wirtschaftsplan vorzulegen und den Landesrechnungshof über das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung im Hinblick auf die Zukunft des Volkskundemuseums Hesterberg zu unterrichten. Der Landesrechnungshof erwarte, dass hier eine potenzielle Zusammenarbeit mit dem Museum in Molfsee nicht aus den Augen verloren werde und ihm bis zum 31. August 2007 ein Bericht über den Fortgang in dieser Angelegenheit zugeleitet werde.

In diesem Zusammenhang erinnert der Vorsitzende daran, dass im Zuge der Haushaltsberatungen ein Bericht über die Entwicklung der Besucherzahlen des Museums Hesterberg in den letzten Jahren angefordert worden sei, der noch nicht vorliege. - Der Ausschuss nimmt die Vorlage Umdruck 16/1470 zur Kenntnis.

Die Vorlagen Umdrucke 16/1486 und 16/1483 - Hochschulgesetz - nimmt er ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

Nach kurzer Aussprache nimmt er die Vorlage Umdruck 16/1544 - über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für das III. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2006 - zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Sozialministeriums zum Verhandlungsstand
„Sozialer Vertrag II“**

hierzu: interner Umdruck 16/1578

St Dr. Körner weist darauf hin, dass der heute als Tischvorlage, interner Umdruck 16/1578, vorgelegte Vertragsentwurf noch nicht unterschrieben worden sei und bittet deshalb darum, ihn noch nicht zu veröffentlichen. Er berichtet, dass dieser Vertrag in enger Abstimmung mit dem Landesrechnungshof und dem Finanzministerium erarbeitet worden sei. Ziel des Vertrages sei es, operatives Geschäft aus dem Ministerium auf die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein zu verlagern, um dadurch mehr Transparenz, eine verbesserte fachliche Steuerung, eine Reduzierung der Bürokratie und mehr Effizienz zu erreichen, damit trotz der zehnprozentigen Kürzung weiterhin den fachlichen Ansprüchen Genüge getan werden zu könne. Dies sei mit dem Vertragswerk gelungen.

St Dr. Körner spricht weiter die Kritik, die auch aus dem parlamentarischen Raum gekommen sei, an, mit dem Vertrag würden Teilsteuermöglichkeiten aus der Hand gegeben. Das sei richtig, gleichzeitig werde aber über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen auch künftig eine Steuermöglichkeit erhalten.

Abg. Heinold möchte wissen, ob es eine Diskussion innerhalb der Kreise über die Tatsache gegeben habe, dass vonseiten des Landes unterschiedlich viel Geld in die Kreise fließe. - St Dr. Körner bestätigt, dass es darüber intensive Diskussionen gegeben habe und erklärt, man könne mit gutem Gewissen die Frage aufwerfen, ob die Aufteilung auf Dauer angemessen sei. Da jedoch jeder Eingriff in gewachsene Strukturen Diskussionen bei den Betroffenen auslöse, habe sich die Landesregierung entschieden, den Einstieg in den Vertrag zunächst auf der Grundlage einer gleichen Absenkung der bisherigen Mittel bei allen Beteiligten zu beginnen. Es sei jedoch davon auszugehen, dass es auf Dauer auch zu einer Schwerpunktverlagerung kommen werde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Regierung damit die Absprache mit dem Finanzausschuss erfüllt habe, den Sozialvertrag schon vor der Unterzeichnung dem Ausschuss vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Sozialministeriums zum Verhandlungsstand „Sozialer Vertrag II“ und den Vertragsentwurf, interner Umdruck 16/1578, zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, erinnert die Landesregierung an ihre Zusage, dem Finanzausschuss die Kosten für das Ergänzungsgutachten UK S-H möglichst zeitnah mitzuteilen.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Heinold sagt St Dr. Wulff zu, dem Finanzausschuss eine Vorlage über die Kriterien der von der Landesregierung bereitgestellten Mittel für die Weiterbildungsverbände zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende fragt weiter nach dem Sachstand der Verhandlungen der Landesregierung mit den Kommunen, im Rahmen der Steuerverwaltung bei den Vollstreckungskosten Geld einzusparen, indem die Fahrzeugpapiererlaubnis mit einer Einziehungsermächtigung verbunden werde. - St Dr. Wulff antwortet, trotz mehrfachen nachfragens bei den kommunalen Landesverbänden, sei man hier noch nicht weitergekommen. Probleme bereiteten hier insbesondere die Kreise. - Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, in diesem Punkt nachdrücklich zu verhandeln.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

(überwiesen am 13. September 2006 an den Finanzausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

- Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/1518
 - Beantwortung von Fragen aus der 51 Sitzung des Finanzausschusses
 - Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 16/1513 und 16/1514
 - Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW
Umdrucke 16/1516 und 16/1527
 - Nachschiebeliste für Einzelplan 01
Umdruck 16/1458
 - Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2007/2008
Umdruck 16/1382
 - Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD
Umdrucke 16/1526 und 16/1577
- hierzu: Umdrucke 16/1560 und 16/1568
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/1518

Abg. Dr. Garg stellt fest, dass sich die FDP-Fraktion in zwei Punkten von allen übrigen Fraktionen unterscheidet: Sie halte erstens die Kürzung der Finanzausgleichsmasse der Kommunen für nicht zweckdienlich und zweitens die Personalpolitik des Landes ohne vorherige entsprechende Aufgabenkritik für falsch. Dementsprechend habe die FDP-Fraktion in ihren Änderungsanträgen und Anträgen zum Haushaltsstrukturgesetz Änderungen vorgenommen. Die Fraktion bitte um gesonderte Abstimmung der laufenden Nr. 11, Seite 6, und die Änderungsanträge Nr. 73 und 75 der Vorlage, Umdruck 16/1518. Er kündigt weiter an, dass die Fraktion der FDP zur Plenardebatte weitere Änderungsanträge vorlegen werde.

In der anschließenden Abstimmung zu den Änderungsanträgen der Fraktion der FDP, Umdruck 16/1518, lehnt der Ausschuss zunächst mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP den Änderungsantrag Nr. 11, Artikel 4 -

Änderung des Gesetzes über die Gewährung jährlicher Sonderzahlung -, aus dem Umdruck 16/1518 ab.

Die Änderungsanträge Nr. 73 und 75 - Globale Mehrausgaben für Personalausgaben - lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP ab.

Die restlichen Änderungsanträge der Fraktion der FDP in Umdruck 16/1518 werden mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP ebenfalls abgelehnt.

- Beantwortung von Fragen aus der 51. Sitzung des Finanzausschusses Umdruck 16/1472

Die Frage von Abg. Heinold, ob über die auf Seite 2 der Vorlage aufgeführten Zahlen Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden bestehe, verneint St Dr. Wulff. Er erklärt, er gehe davon aus, dass die aufgeführten Beträge zur direkten Entlastung der Kommunen von der kommunalen Ebene angezweifelt werden. Er weist außerdem darauf hin, dass nach seinem Kenntnisstand zwischen den Regierungsfractionen über diese Zahlen ohnehin noch verhandelt werde und deshalb davon auszugehen sei, dass die aufgeführten Zahlen noch nicht endgültig seien.

Abg. Heinold bittet um rechtzeitige Vorlage der neuen Zahlen nach Abschluss der Beratungen innerhalb der Großen Koalition und vor der anstehenden Beratung im Landtag.

Abg. Dr. Garg erklärt, die Vorlage trage nicht zur Klarstellung bei, weil aus ihr nicht erkennbar sei, welche Maßnahmen gemeint seien. - St Dr. Wulff weist darauf hin, dass der Vorlage der Umdruck 16/1488 zugrunde liege, in der die Maßnahmen im Einzelnen aufgelistet seien.

- Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdrucke 16/1513 und 16/1514

Abg. Heinold stellt kurz die beiden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdrucke 16/1513 und 16/1514, vor. Sie beantragt, über den Änderungsantrag auf Seite 13 des Umdrucks 16/1514, Zuweisungen zur Förderung des ÖPNV, gesondert abzustimmen.

Sie spricht weiter ein Schreiben des kommunalen Arbeitgeberverbandes an ihre Fraktion an, in dem es um die Öffnungsklausel für leistungsbezogene Besoldungselemente gehe und möchte wissen, wie die Landesregierung zu dieser Frage stehe. - St Dr. Wulff erklärt, ihm sei dieses Schreiben nicht bekannt. - Abg. Heinold sagt die Zuleitung des Schreibens an die Lan-

desregierung zu und bittet um schriftliche Beantwortung ihrer Frage rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen im Landtag.

Der Ausschuss stimmt zunächst gemäß des Antrags von Abg. Heinold über den Änderungsvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Seite 13 des Umdrucks 16/1514, Zuweisungen zur Förderung des ÖPNV, gesondert ab. Der Änderungsantrag wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Die übrigen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Umdruck 16/1514 werden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Umdruck 16/1513 werden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

- Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW
Umdrucke 16/1516 und 16/1527

Abg. Spoorendonk stellt kurz die Änderungsanträge des SSW vor, Umdrucke 16/1516 und 16/1527, und betont darüber hinaus, dass der SSW den Vorschlag der Fraktion der FDP unterstütze, die Streichung der Sonderzahlungen bei Beamtinnen und Beamten zurückzunehmen. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass sie in ihrer Landtagsrede im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf näher eingehen werde, gleichzeitig aber auch würdigen werde, dass die regierungstragenden Fraktionen dem SSW in einigen Punkten entgegengekommen seien.

Auf Nachfrage von Abg. Astrup zum Stimmverhalten des SSW bei der Gesamtabstimmung über den Haushalt im Landtag führt Abg. Spoorendonk aus, der SSW werde dem Landeshaushalt bei der Schlussabstimmung voraussichtlich zustimmen. Das bedeute nicht, dass der SSW den Haushalt insgesamt unterstütze, aber der SSW habe in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass es ihm darum gehe, den Gesamthaushalt weiter voranzubringen. Er sehe seine Aufgabe darin, die Auseinandersetzung zu den Einzelplänen zu führen. Er wolle konkrete Politik und keine Symbolpolitik. Diese Haltung werde sie in der Plenardebatte noch einmal ausführen und begründen.

Abg. Herdejürgen bittet um Einzelabstimmung über die Änderungsvorschläge des SSW zum Einzelplan 03 insgesamt und über den Änderungsantrag zu Einzelplan 13, die Verpflichtungsermächtigung zum freiwilligen ökologischen Jahr betreffend.

Abg. Dr. Garg führt zum Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion aus, seine Fraktion werde keinen Änderungsanträgen insgesamt zustimmen, in denen nicht der politische Wille zum Ausdruck komme, auf die Streichung der Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte zu verzichten. Deshalb könne er auch den vorliegenden Änderungsanträgen des SSW nicht zustimmen.

In der anschließenden Abstimmung über die Änderungsvorschläge des SSW, Umdruck 16/1516 und 16/1527, nimmt der Ausschuss zunächst die Änderungsvorschläge des SSW zu Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP an. Der Änderungsvorschlag des SSW zu Einzelplan 13, Verpflichtungsermächtigung zum freiwilligen ökologischen Jahr, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Die übrigen Änderungsanträge aus dem Umdruck 16/1516 des SSW werden mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Umdruck 16/1527, wird einstimmig angenommen.

- Nachschiebeliste für Einzelplan 01
Umdruck 16/1458

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig die Nachschiebeliste für den Einzelplan 01, Umdruck 16/1458.

- Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD
Umdrucke 16/1526 und 16/1577

Abg. Herdejürgen führt kurz in den neu vorgelegten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/1577, ein. Sie erklärt, es handele sich hierbei um die haushaltstechnische Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses. Diese seien hinreichend bekannt, deshalb wolle sie auf Details nicht näher eingehen, stehe aber gern für Fragen zur Verfügung. Darüber hinaus sähen beide Fraktionen die Notwendigkeit, als Gegenfinanzierung für die beschlossenen Änderungen, die auf Vorschlag des SSW erfolgt seien, eine entsprechende globale Minderausgabe in Höhe von 15.000 € für das Jahr 2007 und 37.000 € für das Jahr 2008 im Einzelplan 03 einzustellen. Diese Änderungen seien noch nicht schriftlich niedergelegt.

Abg. Sauter ergänzt, dass die Bemerkungen in zwei Positionen des Änderungsantrages in Umdruck 16/1577 geändert werden müssten. So müsse die Bemerkung auf Seite 3 zu den

globalen Minderausgaben lauten: „Die Auflösung erfolgt in Höhe von mindestens 3,6 Millionen € bis zum 30. Juni 2007.“ Auf Seite 9 des Änderungsantrages müsse die Bemerkung zu den globalen Minderausgaben lauten: „Die Auflösung erfolgt in Höhe von mindestens 8,35 Millionen € bis zum 30. Juni 2007.“

VP Dopp vom Landesrechnungshof spricht die vorgesehenen drei neuen Planstellen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit für das Sozialgericht in Itzehoe an. Er möchte wissen, wodurch dieser zusätzliche Personalbedarf entstanden sei. - Abg. Herdejürgen erklärt, die Koalitionsfraktionen hätten sich entschieden, in Itzehoe einen weiteren Standort der Sozialgerichtsbarkeit vorzusehen. Da man nicht ohne Weiteres Richter aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit versetzen könne, sei es nötig, diese zusätzlichen Stellen vorzusehen. - VP Dopp erklärt, es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum die zunächst vorgesehene Verlagerung und Konzentrierung der Sozialgerichtsbarkeit nach Schleswig ohne zusätzliche Planstellen ausgekommen wäre. Diese Planstellen aber nicht mehr ausreichen, wenn man einen Teil des Sozialgerichtes nach Itzehoe verlagere. - Abg. Astrup stellt fest, dass es offensichtlich zwischen den Koalitionsfraktionen und dem Landesrechnungshof unterschiedliche Auffassungen darüber gebe, ob die zusätzlich von der Großen Koalition gewünschte Niederlassung der Sozialgerichtsbarkeit in Itzehoe mit dem vorhandenen Personal durchgeführt werden könne oder nicht.

Abg. Dr. Garg und Abg. Spoorendonk begrüßen die von der Großen Koalition vorgelegten Änderungsanträge.

Abg. Heinold möchte wissen, ob die beim letzten Mal zur Begründung der Änderungsanträge von CDU und SPD, Umdruck 16/1526, getroffene Feststellung der Landesregierung aufrechterhalten werde, dass Teile der Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht umsetzbar seien, weil es sich um rechtliche Verpflichtungen handle. - St Dr. Wulff erklärt, ihm sei im Moment nicht klar, in welchem Zusammenhang diese Äußerung gefallen sein solle. - Abg. Herdejürgen erklärt, St Dr. Wulff habe darauf hingewiesen, dass es sich bei der Position um gesetzliche Leistungen handle. Das habe aber nichts damit zu tun, ob die entsprechenden Kürzungen, Mindereinnahmen, in der Zukunft einträfen oder nicht. Die Große Koalition gehe davon aus, dass sie in dem dargelegten Umfang eintreffen werden.

Abg. Heinold konkretisiert ihre Frage dahin gehend, es handle sich um den Einzelplan 09, hier unter anderem die Kosten für das gemeinsame Prüfungsamt und Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug. In diesem Zusammenhang sei in der letzten Sitzung von der Landesregierung erklärt worden, dass diese Kostenanteile nicht reduziert werden könnten, weil das Land dazu verpflichtet sei. - St Dr. Wulff erklärt, die Landesregierung berechne diese Kostenanteile jeweils nach der Zahl der Prüfungsfälle.

St Dr. Wulff merkt zum Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/1577 an, dass auf Seite 2 unter der Nummer 4, die Änderung des § 22 bb, in der Aufführung der Gesetzesnorm der Absatz ergänzt werden müsse, sodass es dann laute: „§ 22 bb Abs. 5 Satz 3 lautet wie folgt“.

In der anschließenden Aussprache werden die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD, Umdrucke 16/1526 und 16/1577 mit den vorgeschlagenen redaktionellen und inhaltlichen Änderungen mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

- Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltentwurf 2007/2008 Umdruck 16/1382

Die Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2007/2008, Umdruck 16/1382, machen sich die Koalitionsfraktionen zu eigen. Sie werden mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Der Ausschuss führt sodann die Schlussabstimmung über den Doppelhaushalt 2007/2008 - Haushaltsgesetz und Haushaltsplan - mit den soeben beschlossenen Änderungen getrennt nach einzelnen Artikeln durch.

Artikel 1, 2, 3, 5 und 6 des Haushaltsstrukturgesetzes werden jeweils mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Artikel 4 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP angenommen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag die Annahme des Haushaltsstrukturgesetzes, Drucksache 16/910, insgesamt mit den beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer